

Weniger Tote bei Tempolimit 130

Weniger Kontrollen im Straßenverkehr bedeuten mehr Unfalltote – in dieser Erkenntnis waren sich die fast 100 Verkehrsexperten aus ganz NRW, die am 7. Dezember am Verkehrs-Forum der GdP in Düsseldorf teilgenommen haben, einig. Auch die Forderung nach einem generellen Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen stieß beim Verkehrsforum auf breite Zustimmung.

Überhöhte Geschwindigkeit ist die mit Abstand wichtigste Unfallursache. Mehr als 65 000 Unfälle gehen jedes Jahr bundesweit auf Raser zurück, gefolgt von Verstößen gegen die Vorfahrtsregeln (54 000) und Unfällen wegen zu geringen Abstands (45 000) sowie wegen Alkohol- und Drogenmissbrauchs (16 000). Mit zum Teil dramatischen Folgen: 1519 Menschen wurden im vergangenen Jahr (2009) allein wegen überhöhter Geschwindigkeit im Straßenverkehr getötet, weitere 57 000 zum Teil schwer verletzt. Auf dem Verkehrsforum der GdP warnte deshalb Landesvorsitzender Frank Richter vor einem weiteren Abbau der Kontrolldichte der Polizei. „Im Straßenverkehr kommen jedes Jahr fast doppelt so viele Menschen um wie durch Mord und Totschlag. Deshalb ist es ein Irrweg, wenn wir ständig die Zahl der Verkehrskontrollen reduzieren, nur weil es an anderer Stelle brennt – egal ob bei der Terrorabwehr, bei Castor-Transporten oder bei der wachsenden Zahl der Fußballeinsätze“, sagte Richter. Auch für die GdP habe die Terrorabwehr eine hohe Priorität, aber die Politik dürfe

„nicht die Augen davor verschließen, dass die Gefahr, einem Schläfer auf der A 40 zum Opfer zu fallen, um ein Vielfaches höher ist, als die Gefahr, Opfer eines Schläfers der Al Qaida zu werden“.

Unterstützt wurde die Forderung nach einer hohen Kontrolldichte auch von den Referenten des Forums. Martin Mönninghoff, Dozent für Verkehrslehre an der



Deutschen Hochschule der Polizei in Münster, machte darauf aufmerksam, dass es entgegen der öffentlichen Wahrnehmung lediglich auf 27,4 Prozent aller Autobahnen ein dauerhaftes Tempolimit

gibt. Auf dem Rest kann nahezu unbegrenzt gerast werden. Genau dort finden aber die meisten Unfälle mit Todesfolge statt (Grafik). Eindringlich plädierte der Verkehrswissenschaftler deshalb für die Einführung eines generellen Tempolimits auf Autobahnen, wie es außer in der Schweiz und in Deutschland inzwischen in allen anderen europäischen Ländern besteht. Würde ein generelles Tempolimit auf der Autobahn eingeführt, würde nicht nur die Zahl der Staus zurückgehen, die oft auf unterschiedliche Fahrgeschwindigkeiten der Verkehrsteilnehmer zurückzuführen sind, sondern auch die Zahl der Verkehrstoten würde deutlich sinken. Verkehrswissenschaftler haben ermittelt, dass bei einem Rückgang der Durchschnittsgeschwindigkeit nur um ein Prozent die Zahl der Verkehrsunfälle mit Personenschäden um zwei Prozent zurückgehen würde. Die Zahl der Schwerverletzten würde sogar um drei Prozent sinken, die der Todesopfer um vier Prozent. Mönninghoff kann sich deshalb nicht nur eine generelle Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen vorstellen, sondern auch eine Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h in den Städten. Statt Wohngebiete gesondert als Tempo-30-Zonen auszuweisen, würden dann Durchgangsstraßen, auf denen schneller gefahren werden darf, entsprechend beschildert.

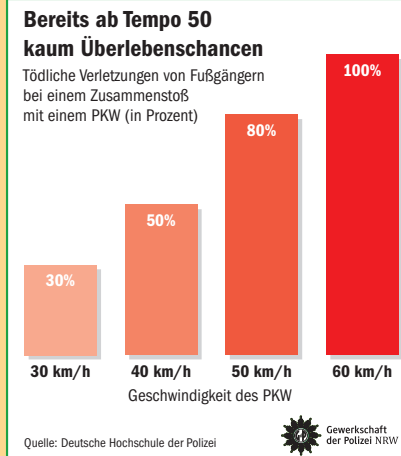
Änderungsbedarf sehen die Teilnehmer des Verkehrsforums auch bei der Feststellung des Blutalkoholgehalts von Autofahrern. In der Vergangenheit war es immer wieder zu Problemen gekommen, weil in den Nacht-

→ Seite 2

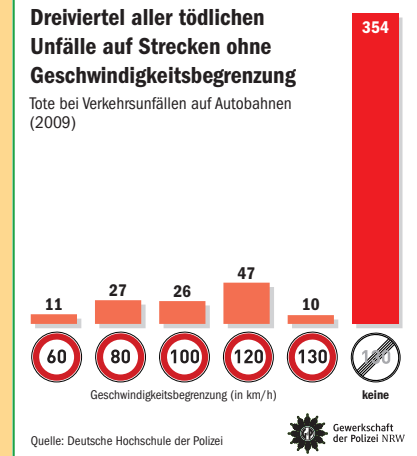
Fortsetzung von Seite 1

stunden viele Gerichte nicht erreichbar sind, um bei Alkoholstündern eine Blutprobenentnahme anzuordnen. Georg Bartel, Referent für Verkehrsangelegenheiten im nordrhein-westfälischen Innenministerium, hält deshalb den Fortfall des Richtervorbehalts für eine denkbare Alternative. Dies führe nicht nur zu einer Entlastung der Justiz im Bereich der Bagatelldelikte, sondern sei auch für die betroffenen Autofahrer von Vorteil, weil sie nicht mehr unter Umständen Stunden warten müssten, bis der zuständige Richter erreichbar ist. Auch die Einführung der Atemalkoholanalyse als Beweismittel im Strafverfahren hält Bartel für denkbar. Sie sei eine einfach zu handhabende Methode zur Feststellung des Alkoholgehalts, die auch bei den Verkehrsteilnehmern auf eine hohe Akzeptanz stößt. Zudem würde dadurch nicht nur der Richtervorbehalt entfallen, sondern auch das sonst notwendige rechtsmedizinische Gutachten zur Bewertung der Blutprobe. Für dessen Kosten müssen die Autofahrer selbst aufkommen.

Einig waren sich die Teilnehmer des Forums zudem in der Notwendigkeit eines hohen Kontrolldrucks im Straßenverkehr. Professor Egon Stephan, Verkehrspsychologe der Universität Köln, erinnerte daran, dass selbst von Kontrollen, die von den Autofahrern als Abzocke angesehen werden, eine erzieherische Wirkung ausgeht, weil die Autofahrer ab der Kontrollstelle langsamer fahren.



Mit zunehmender Geschwindigkeit steigt die Gefahr von Fußgängern, einen Zusammenstoß mit einem Auto nicht zu überleben, exponential an. Bei einem Unfall mit Tempo 30 liegt der Anteil der Fußgänger, die durch den Zusammenprall tödlich verletzt werden, bei 30 Prozent, bei Tempo 60 liegt sie bereits bei 80 Prozent. Ab Tempo 60 gibt es für Fußgänger keine Überlebenschance. Kommt es zu einem Zusammenstoß mit einem LKW, liegt die Todesrate noch höher.



Von den 475 auf deutschen Autobahnen 2009 bei Unfällen getöteten Menschen sind 354 auf Streckenabschnitten umgekommen, in denen es keine Geschwindigkeitsbegrenzung gibt. Würde auch in Deutschland ein generelles Tempolimit auf Autobahnen eingeführt, würde die Zahl der Verkehrstoten nachhaltig sinken.

Welche Forderungen des Verkehrsforschungsinstituts die GdP im Detail in ihr neues Verkehrspolitisches Programm aufnehmen wird, wird eine eigens eingesetzte Kommission weiter diskutieren. Bis zum Früh-

jahr will sie dem Vorstand einen Entwurf für das neue Verkehrspolitische Programm zur Entscheidung vorlegen.

Mehr Infos: www.gdp-nrw.de (Pfad: Infothek/Themen & Bereiche/Verkehr).

Wir müssen uns den Fakten stellen. Auch den unangenehmen

Wer geblitzt wird, ärgert sich. Da geht es Polizeibeamten nicht anders, wenn sie privat als Autofahrer unterwegs sind und von den Kollegen erwischt werden. Aber der Ärger ist gut. Er zwingt zum Nachdenken. Auch über unangenehme Fragen.

Wer als Fußgänger von einem Autofahrer mit Tempo 30 angefahren wird, trägt Verletzungen davon wie bei einem Sturz aus dem ersten Stock. Bei einem Aufprall mit Tempo 50 entspricht die Verletzungsgefahr einer Fallhöhe von zehn Metern. Bei 80 Stundenkilometern einer Fallhöhe von 25 Metern. Die Überlebenschance liegt dann bei null.

Das ist eine der unangenehmen Wahrheiten, der sich alle Autofahrer stellen müssen. Deshalb wird die Frage der zulässigen Höchstgeschwindigkeit eine der zentralen Fragen sein, auf die wir in unserem neuen Verkehrspolitischen Programm eine Antwort finden müssen. Auch auf der Autobahn. Denn mit unserem Programm wollen wir Denkanstöße für eine

nachhaltige Verringerung der Zahl der Verkehrstopfer geben. Denkanstöße die bitter notwendig sind, weil sich der Trend rückläufiger Opferzahlen in den kommenden Jahren ohne eine grundlegende Kurskorrektur nicht mehr fortsetzen wird. Nicht nur wegen des weiter rasant steigenden Verkehrsaufkommens, sondern auch, weil auf unseren Straßen immer schneller gefahren wird.

Wenn wir diesen Trend brechen wollen, kommt auf uns als Polizeibeamte eine besondere Verantwortung zu. Wir müssen nicht nur für den notwendigen Kontrolldruck sorgen, sondern wir müssen auch anderen ein Vorbild sein. Deshalb wäre es gut, wenn sich die GdP in ihrem neuen Verkehrspolitischen Programm offensiv für neue Geschwindigkeitsgrenzen einsetzt.



Frank Richter



Castortransport 2010 – Einsatzkräfte berichten

Kein Einsatz der letzten Jahre hat für soviel Beschwerden, Unmut und Kritik bei den eingesetzten Kolleginnen und Kollegen gesorgt, wie der Castor-Transport. Dass die Anti-Atomproteste wieder zunehmen würden, war nach den Bürgerprotesten zu Stuttgart 21 und der Art und Weise des parlamentarischen Durchpeitschens der Laufzeitverlängerung zu erwarten. Was die eingesetzten Kolleginnen und Kollegen vor Ort jedoch tatsächlich erlebt haben, hätte sich kaum jemand vorstellen können.

Unterbringung

Alle nordrhein-westfälischen Einsatzkräfte waren in der Theodor-Körner-Kaserne (TKK) in Lüneburg in doppelstöckigen Containern untergebracht. Die Belegung in den Einzelcontainern erfolgt jeweils zu dritt oder zu viert. Da für einen solchen mehrtägigen Einsatz (mit Minustemperaturen) eine Vielzahl von dienstlichen (zweiter Schutzanzug, Thermo-Unterwäsche, Regenjacke usw.) und privaten (Hand-/Duschtuch, Trainingsanzug oder Bademantel für den Weg durchs Freie zu den Duschcontainern) Gegenstände mitgeführt und ggf. auch getrocknet werden müssen, wurde die Enge der Belegung als Zumutung empfunden. Dies umso mehr, da die Container sehr hellhörig sind und man jeden Regentropfen, der aufs Dach fällt, hört. Erschwerend kam hinzu, dass in Schichtdiensten gearbeitet wurde und somit ständig Geräusche von laufenden Motoren bzw. startenden Hubschraubern das Einschlafen verhinderten. Die Duschcontainer wurden nach Aussagen der Einsatzkräfte schlecht bis gar nicht gereinigt, weil man das angeblich vergessen hatte.

Der GdP drängt sich der Verdacht auf, dass hier wieder einmal aus Kostengründen die Mindeststandards des LF 150 (Versorgung der Polizei im Einsatz) und der Anlage 6 (Orientierungshilfe für angemessene Unterbringung und Verpflegung von Einsatzkräften bei länderübergreifenden Einsätzen) außer Acht gelassen wurden.

Verpflegung

Die Verpflegung im Einsatz wurde zweigeteilt geschildert. Die in der TKK gereichte Verpflegung der niedersächsischen Einsatzküchen wurde als gut, schmackhaft und abwechslungsreich geschildert. Das Küchenpersonal stand 24 Stunden zur Verfügung und war sehr freundlich und hilfsbereit. Zusätzlich konnten vor Ort Verpflegungsbeutel selbst zusammengestellt werden. Das Problem bestand jedoch darin, dass man den Beutel für die geplanten 12-Stunden-Schichten und nicht für tatsächliche 25-

bis 30-Stunden-Schichten zusammenstellte. Eine Versorgung im Einsatzraum (außer in Teilen eine warme Suppe) fand nicht statt, und dies bei den extremen Einsatzsituationen und -zeiten.

Aus Sicht der GdP wurde hier grob fahrlässig gegen alle Regeln des Gesundheitsmanagements verstoßen. Die Polizeiführung verlangt von allen Einsatzkräften, dass sie ruhig, gelassen, professionell reagieren. Dass dies in Gorleben so geschehen ist, haben wir ausschließlich unseren bis weit über das erträgliche Maß belasteten Kolleginnen und Kollegen zu verdanken.

Dienst- und Ruhezeiten

Hier hat sich wieder einmal gezeigt, dass Arbeitsschutzrichtlinien in besonderen Einsatzsituationen schwer bzw. nicht einzuhalten sind. Dies sind unsere Kolleginnen und Kollegen aus einer Vielzahl anderer Einsätze in der Vergangenheit gewohnt. Die Realität beim Castor-Transport hat jedoch das Maß des Erträglichen weit überschritten. Dienstzeiten von 25 bis 35 Stunden sowie Ruhezeiten von 5 bis 6 Stunden sind nicht tolerierbar. Im Wendland wurde deutlich, dass die Einsatzkräfte der Bereitschaftspolizei des Bundes und der Länder für solch eine Einsatzsituation personell nicht mehr ausgestattet sind.

Weiter wurde bemängelt, dass für manche NRW-Einheiten bereits in der Vorplanung 15-Stunden-Schichten vorgesehen wurden. Berücksichtigt man die jeweils einstündige An- und Abfahrt sowie die Verpflegungsaufnahmen, so werden hier 19-Stunden-Schichten vorgeplant, obwohl zu diesem Zeitpunkt der Castor noch in Frankreich bzw. Süd-Deutschland unterwegs war.

Der GdP erschließt sich auch nicht, warum NRW-Hundertschaften, die in Gorleben eingesetzt waren, für konkrete Einsatzmaßnahmen in NRW schon wieder am 11. November vorgeplant waren, obwohl in NRW noch Einheiten bereit standen, die nicht in Gorleben eingesetzt waren.

Einsatzsituation

Die Bewertung von taktischen Einsatzmaßnahmen obliegt nicht der GdP, da uns zu wenig Detailinformationen der Einsatzsituation vor Ort vorliegen, die für die Entscheidungsfindung der Polizeiführung von Bedeutung sind. Aus diesem Grunde wollen wir uns hier auf die Wiedergabe einiger Fragen beschränken, die von den vor Ort eingesetzten Kolleginnen und Kollegen gestellt wurden:

- Warum wurde mit der Räumung der Bahngleise und der Straße zum Zwischenlager stundenlang gewartet? Warum hat man zugelassen, dass sich Tausende von Blockierern erst auf die Bahngleise und später auf die Zufahrtsstraße zum Zwischenlager setzten?
- Warum wurden für die Räumung der Bahngleise Einheiten eingesetzt, die zu diesem Zeitpunkt bereits 29 Stunden im Dienst waren?
- Wurden die Personalien der Sitzblockierer festgestellt und entsprechende Anzeigen nach dem Versammlungsgesetz gefertigt?
- Die Einsatzkräfte hatten den Eindruck, dass sie schlechter Teil eines abgesprochenen Schauspiels (Wir tragen dich mit vier Polizisten medienwirksam 800 Meter weg, wenn du dafür friedlich bist) zwischen Demonstranten und der Polizeiführung waren. Konsequentes Handeln sieht anders aus.

Entsorgung im Einsatzraum

Die vorgefundene Entsorgungssituation (sanitäre Anlagen) im Einsatzraum war ein Desaster. Nur ein Beispiel: Drei DIXI-Toiletten für mehrere Hundertschaften, die nach kurzer Zeit nicht mehr zu benutzen waren. Alternativ stand nur noch das Waldgelände zur Verfügung. Man kann sich vorstellen, welche Bilder es dort gegeben hat, wenn sich Kolleginnen und Kollegen in den Wald zur Verrichtung ihrer Notdurft, bei Temperaturen unter 0 Grad, begeben mussten und dies in voller Schutzausstattung. Trotz stundenlanger Proteste war die Polizeiführung nicht im Stande oder Willens, diese Missstände zu beheben.

Zum richtigen Skandal wird es aber durch folgende Abläufe, die uns von Einsatzkräften geschildert wurden: Nachdem die Bahnblockade in Hitzingen aufgelöst wurde und die Demonstranten ca. 800 Meter zu einer dort eingerichteten Feld-GeSa getragen wurden, erschien

Fortsetzung von Seite 3

Neues Unterbringungsrecht

Wenn auch der Bundesrat zustimmt, dann können ab dem kommenden Jahr psychisch gestörte Gewalt- und Sexualstraftäter nach ihrer Haftstrafe gegen ihren Willen in geschlossenen Einrichtungen außerhalb der Gefängnisse festgehalten werden. Genau das hatte der nordrhein-westfälische GdP-Vorsitzende Frank Richter bereits Anfang vergangenen Jahres gefordert. Aber das Gesetz allein reicht nicht aus.

nach ca. einer Stunde ein LKW mit 15 DIXI-Toiletten, Decken und Verpflegung für die GeSa. Auf die Frage der Einsatzkräfte, ob man von den 15 Toiletten zwei für die Eigennutzung nehmen könnte, wurde dies abgelehnt. Nur unter Androhung von Schlägen gelang es den Versorgern einer Hundertschaft, zwei DIXI-Toiletten zu organisieren.

Es scheint so, dass drohende Anfragen im Landtag (Innenausschuss), von Rechtsanwälten oder Amnesty International von Polizeiführungen höher bewertet werden, als die Notlagen unserer Kolleginnen und Kollegen. Landesvorsitzender Frank Richter: „Aus Sicht der GdP wurden in diesem Einsatz wesentliche Arbeitsschutz- und Gesundheitsbestimmungen in unverantwortlicher Weise außer Acht gelassen. Wir erwarten, dass der Einsatz in allen Teilen nachbereitet wird, um erkannte Defizite zu benennen und abzustellen. Sollte dies nicht erfolgen, fordern wir den Innenminister auf, künftig keine Hundertschaften mehr zur Unterstützung nach Niedersachsen zu entsenden.“

Mindeststandard für künftige Einsätze muss sein:

- maximale 2er-Belegung in den Containern,
- maximale Vorplanung der Einsatzschichten von zwölf Stunden,
- Gewährleistung ausreichender Ruhezeiten (insbesondere für Kraftfahrer),
- Sicherstellung ausreichender Verpflegung im Einsatzraum,
- Ausreichend sanitäre Anlagen im Einsatzraum,
- Umwandlung des LF 150 in eine verbindliche PDV,
- Stundenvergütung 1:1 bei Einsätzen mit extrem kurzen Ruhezeiten,
- Ausnahmeregelungen für die Mehrdienstauszahlung bei solchen Einsätzen,
- Kein weiterer Stellenabbau bei den Bereitschaftspolizeien der Länder bzw. des Bundes.
- Bei herausragenden Einsatzlagen wie Castor-Transporten oder Einsatzmaßnahmen zum 1. Mai dürfen zeitgleich keine Fußballspiele im Profibereich mehr stattfinden.

Positiv bewertet die GdP hingegen die Entscheidung von Innenminister Ralf Jäger, die Arbeitszeit während des diesjährigen Castor-Transports, wie zuvor von der GdP gefordert, 1:1 zu vergüten. Dies sehen wir als Zeichen der Anerkennung und Wertschätzung für die erbrachte herausragende Leistungsbereitschaft unserer Einsatzkräfte.

Wie dringend der Handlungsbedarf ist, zeigt ein Blick auf die Zahlen: Allein in Nordrhein-Westfalen sind nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in diesem Jahr bereits 15 ehemalige Straftäter aus der Sicherheitsverwahrung entlassen worden. 13 weitere könnten nach Angaben des Justizministeriums bis Ende des Jahres folgen. Auch Innenminister Ralf Jäger (SPD) geht deshalb davon aus, dass die Polizei schon personell nicht in der Lage ist, alle aus der Sicherheitsverwahrung entlassenen Straftäter rund um die Uhr zu überwachen. Jäger hat deshalb angekündigt, dass das Land zügig die notwendigen Plätze bereitstellen wird, sobald der Bund die gesetzlichen Grundlagen für die Unterbringung der aus der Sicherheitsverwahrung entlassenen Straftäter geschaffen hat.

Ob damit alle Probleme gelöst sind, ist allerdings mehr als fraglich, wie die aktu-

ellen Ereignisse in Duisburg und in Heinsberg zeigen. In Duisburg hat Anfang Dezember ein gerade erst aus der Sicherheitsverwahrung entlassener Sexualstraftäter trotz Beobachtung durch die Polizei ein zehnjähriges Mädchen attackiert. Der Mann war freigekommen, weil ein Gutachten ihm zuvor Ungefährlichkeit bescheinigt hatte. In Heinsberg hat der Bruder des ehemaligen Sexualstraftäters Karl D. Klage gegen die Überwachungsmaßnahmen der Polizei eingereicht. Er fühlt sich in seinen Freiheitsrechten eingeschränkt.

Beide Fälle können sich auch nach der Gesetzesänderung jederzeit anderswo wiederholen. GdP-Landesvorsitzender Frank Richter fordert deshalb ein schnelleres Reagieren der Politik auf die Realität. „Die Entscheidung des Europäischen Menschenrechtshofs zur Sicherheitsverwahrung hatte sich lange vorher angekündigt. Deshalb wusste die Politik bereits seit Langem, dass sie eine neue gesetzliche Grundlage braucht, um extrem rückfallgefährdete Gewalt- und Sexualstraftäter gegen ihren Willen festhalten zu können, ohne dass sie darauf reagiert hat.“ Richter warnt zudem davor, dass Problem rückfallgefährdeter Sexual- und Gewaltstraftäter auf die Polizei abzuschieben. „Wir brauchen in den Haftanstalten ganz andere Konzepte für die Therapie der Täter. Und wir müssen eine Debatte darüber führen, wie wir mit Tätern umgehen, die sich sämtlichen Therapieangeboten entziehen.“

Wir für Euch!

„Wir für Euch“ – unter diesem Motto werden auch im kommenden Jahr wieder junge GdP-Mitglieder bei den Wahlen für die Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) im Bereich der Polizei antreten. Wahlberechtigt sind bei den JAV-Wahlen 2011, die voraussichtlich vom 24. bis 26. Mai stattfinden werden, die mehr als 3000 Kommissarinnen und -anwärterinnen und -anwärter der Einstellungsjahrgänge 2008, 2009 und 2010 sowie die Kolleginnen und Kollegen, die bei der Polizei in NRW eine Berufsausbildung durchlaufen. Neu gewählt werden nicht nur die örtlichen JAV'en in den zehn Ausbildungsbehörden (Aachen, Bonn, Köln, Bielefeld, Münster,

Gelsenkirchen, Dortmund, Hagen, Düsseldorf und Köln) und beim LZPD, sondern auch die Polizei-Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung.

Die JAV'en bieten für die Auszubildenden im Polizeibereich die einzige Möglichkeit, ihre berechtigten Interessen selbst unmittelbar in den Personalvertretungsorganen zu vertreten. Die GdP hat deshalb lange dafür gekämpft, dass auch in der Polizei JAV'en eingerichtet werden.

Auch 2011 wird sich die GdP mit einem starken Team bei den Wahlen zu Wort melden.

Mehr Infos: andreas.nowak@gdp-nrw.de



GdP prüft Revision

In dem seit Jahren schwelenden Rechtsstreit um die Rüstzeiten hat das Oberverwaltungsgericht in Münster am 2. Dezember in einem von der GdP angestrebten Musterverfahren eine Grundsatzentscheidung gefällt. Danach zählt das Anlegen der persönlichen Ausrüstungsgegenstände von Polizeibeamten zur Arbeitszeit. Das Anlegen der Uniform hingegen nicht. Die Begründung der Richter: Polizeibeamte könnten statt der Privatkleidung ihre Uniform bereits zu Hause anziehen.

GdP-Landesvorsitzender Frank Richter hat die Entscheidung des OVG, nach der das Anlegen der persönlichen Ausrüstungsgegenstände als Arbeitszeit zu vergüten ist, als „notwendige, längst überfällige Klarstellung“ begrüßt. Damit habe die GdP ein wichtiges Ziel erreicht. Zugleich kritisierte Richter, dass die notwendige Zeit für das Anlegen der Uniform unberücksichtigt bleiben soll. „Polizeibeamte tragen ihre Uniform nicht zum persönlichen Vergnügen, sondern weil das der Polizeidienst erfordert. Polizisten müssen nicht nur für die Bürger erkennbar sein, sondern sie müssen durch schwer entflammare, besonders belastbare Kleidung vor den Gefahren des Berufsalltags geschützt sein. Deshalb wäre es folgerichtig gewesen, wenn das Gericht auch das Anlegen der Uniform als Arbeitszeit anerkannt hätte“, sagte Richter gegenüber den Medien. Ein Zusammenhang, auf den im Übrigen auch der Innenminister selbst immer wieder hingewiesen hat. Nicht in den Schriftsätzen des Ministeriums zu den Rüstzeiten, sondern in seinen im Internet veröffentlichten Erklärungen zu den Vorzügen der neuen Polizeiuniform.

Das OVG hat gegen seine Entscheidung keine Revision zugelassen. Ob die GdP dagegen eine Nichtzulassungsbeschwerde beim Bundesverwaltungsgericht einlegen wird, wird der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand nach Vorliegen der schriftlichen Urteilsbegründung entscheiden. Erst danach ist auch ersichtlich, ob und in welchem Umfang sachfremde Überlegungen, wie die Kosten einer Anerkennung der vollständigen Rüstzeiten als Arbeitszeit, beim Urteil eine Rolle gespielt haben. Nach internen Berechnungen des Ministeriums hätte eine vollständige Anerkennung der Rüstzeiten beim Land zu Mehrkosten von 15 Millionen Euro geführt.

Wir sind die GdP



Ganze 230 Mitglieder zählt die Kreisgruppe Olpe, obwohl sie einen hohen Organisationsgrad hat. Aber viel größer ist auch die Behörde nicht. 2011 bieten die Olper trotzdem ein ganz besonderes Highlight: Am 17. September richten sie zum ersten Mal den traditionellen Familientag des Landesbezirks aus. Eine Großveranstaltung im und um den Panorama-Park Sauerland – geplant als Familientag mit einem Breitensportfest. Angeboten werden: ein Sommerbiathlon-Wettbewerb, geführte Wanderungen und Nordic-Walking-Touren, sowie Laufen und Mountainbiken auf dem Rothaarsteig.

Die Idee dazu kam Vorstandsmitglied Klaus Hochstein bei der Diskussion um das Gesundheitsmanagement. „Alle reden davon, dass Polizisten sich fit halten sollen. Dazu gehören neben gesunder Ernährung auch Sport und Bewegung. Wir haben uns gedacht: Es wurde lange genug geredet, fangen wir einfach mal an! Und wenn wir es ohne Wettkampfstress für alle anbieten, kommt auch der Spaß nicht zu kurz.“ Deshalb ist für alle etwas dabei, nicht nur für die sportlich Ambitionierten. Und natürlich wird es im Panorama-Park Zusatzangebote für die GdP-Mitglieder und ihre Familienangehörigen geben. Dass der Tag ein Erfolg wird, da sind sich die Olper schon jetzt sicher: „Die kleinste Kreisgruppe organisiert den größten GdP-Event des Jahres 2011. Das geht nur mit Herzblut und viel Engagement. Aber wir packen das.“

GdP aktiv

18. 1., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Ennepe-Ruhr, 15.00 Uhr, „Berghäuser Hof“, Hattinger Straße 121, 58332 Schwelm

20. 1., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Heinsberg, 14.30 Uhr, Festhalle, Carl-Diem-Straße 6, 52525 Heinsberg-Oberbruch, Referent: Adi Plickert

20. 1., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Münster, mit Grünkohles-

sen, 16.30 Uhr, PP Münster, Friesenring 43, 48143 Münster

26. 1., Skat- und Knobelturnier der Kreisgruppe Soest, 18.00 Uhr, Haus Rasche-Neugebauer, Wilhelmstraße 1, 59505 Bad Sassendorf

27. 1., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Minden-Lübbecke, 16.30 Uhr, Gasthaus Buschklause, Heidbredenweg 2, 32479 Hille, Info und Anmeldung: 05 71/88 66-81 00



Symposium zum Bachelor-Studium

Gut zweieinhalb Jahre nach dem Start des Bachelor-Studiums in der Polizeiausbildung in NRW will die GdP im Februar mit einem eintägigen Symposium eine erste Zwischenbilanz des neuen Studiengangs ziehen. Denn schon jetzt ist klar: Die Studieninhalte sind nicht immer sauber aufeinander abgestimmt. Zudem gibt es beim Modulaufbau und bei den Prüfungen Korrekturbedarf, damit das Bachelor-Studium besser auf die Ausbildung von demnächst 1400 Berufseinsteigern pro Jahr vorbereitet ist.

Grundsätzlich hat sich nach Meinung der GdP der neue Bachelor-Studiengang bewährt. „Wir haben in NRW einen Qualitätsstandard in der Polizeiausbildung erreicht, um den uns viele Bundesländer beneiden“, betont Volker Huß, der nicht nur beruflich als Ausbildungsleiter für die angehenden Polizeibeamtinnen und -beamten tätig ist, sondern auch im Geschäftsführenden Landesvorstand der GdP (GVS) den Bereich Ausbildung vertritt. Aber Huß sieht Nachbesserungsbe-

darf in der Ausgestaltung des Studiengangs. Die Ausbildung müsse noch stärker an den Praxisanforderungen des Polizeiberufs ausgerichtet, kleinteilige Studien- und Prüfungsabschnitte müssten durch länger zusammenhängende Studienphasen abgelöst und das Prüfungssystem selbst praktikabler gestaltet werden.

Teilnehmen am geplanten Symposium werden Vertreter von allen für die Polizeiausbildung in NRW relevanten Gruppen. Tutoren, Prüfer und Ausbildungsleiter in den Behörden ebenso wie Lehrende in den Bildungszentren, Lehrbeauf-

tragte, Dozenten und Professoren der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, und nicht zuletzt die Studierenden selbst. Ziel des Bildungs-Symposiums ist die Überarbeitung und Optimierung der Studienordnung spätestens bis zum Beginn des Studienjahrgangs 2012/2013. Denn spätestens dann muss die Zahl der Neueinstellungen bei der Polizei nach dem im kommenden Jahr geplanten Anstieg auf 1400 erneut deutlich steigen. Ohne eine bis dahin greifende Reform wären die höheren Einstellungszahlen kaum zu verkraften.

Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 1. 1. Alfred Bendler, Bergisch Gladbach
Horst Fritz, Viersen
- 9. 1. Gerda Allendorf, Witten
- 10. 1. Erich Tarnow, Köln
Anneliese Wiggers, Wuppertal
- 11. 1. Werner Korf, Münster
- 15. 1. Gertrud Reiners, Neuss
- 16. 1. Johann Rochold, Selm
- 19. 1. Hildegard Holten, Düsseldorf
- 20. 1. Magdalene Schneider, Engelskirchen
- 21. 1. Hans Hähn, Essen
- 22. 1. Marianne Matheus, Lam
- 24. 1. Johannes Koch, Warburg
- 26. 1. Karl Borutta, Gelsenkirchen
Wera Gertrud Hahn, Mettmann
- 30. 1. Friedrich Schützeberg, Duisburg
- 31. 1. Erika Bouchard, Hilden

91. Geburtstag

- 5.1. Maria Ehrentreich, Dortmund
Erika Ohl, Düsseldorf
- 9. 1. Gertrud Voessing, Kall
- 10. 1. Theodor Rodekirchen, Köln
- 13. 1. Paula Fröhlich, Meschede
- 14. 1. Margarete Fleischmann, Warstein
Angelika Schnee, Köln
- 15. 1. Erich Loosen, Remagen
- 17. 1. Ernst Grossmann, Meckenheim
- 18. 1. Helene Fritsching, Unna
- 20. 1. Hans Stein, Mönchengladbach
- 26. 1. Gertrud Wilps, Düsseldorf

92. Geburtstag

- 6. 1. Margarete Kühnkamp,
Recklinghausen
- 20. 1. Käte Kortewille, Mülheim

- 23. 1. Elfriede Sommer, Bergkamen
Hannelotte Stöth, Duisburg

93. Geburtstag

- 3. 1. Luise-Maria Helmerich, Detmold
Hildegard Heumann, Geseke
- 7. 1. Robert Schramm, Meerbusch

94. Geburtstag

- 7. 1. Georg Bohms, Düren
- 19. 1. Bernd Katthöfer, Essen
- 25. 1. Maria Warmers, Köln
- 29. 1. Karl Geiß, Münster
- 30. 1. Maria Renette, Neuss

95. Geburtstag

- 11. 1. Erika Brockmann, Bodnegg
- 15. 1. Kurt Riedel, Haltern
- 19. 1. Franka Barnett, Köln

96. Geburtstag

- 6. 1. Josef Hogen, Alsdorf
- 23. 1. Andreas Sterck, Köln
- 24. 1. Edmund Klein, Bochum
- 30. 1. Franz Brinkert, Datteln

97. Geburtstag

- 5. 1. Edeltraud Gulgowski, Oberhausen
- 15. 1. Berta Hellweg, Lage
- 21. 1. Agnes Paßmann, Gelsenkirchen
- 31. 1. Hedwig Dankelmann, Hörscheid

99. Geburtstag

- 20. 1. Herta Bastan, Köln

101. Geburtstag

- 30. 1. Fernandine Schink, Menden

**Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP
wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.**



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de

Redaktion:
Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32
vom 1. April 2009

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

**Redaktionsschluss für die Februar-Ausgabe
ist der 10. Januar.**

GdP-Service GmbH NRW:
Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-service-nw.de
E-Mail: penguin@gdp-service-nw.de



Aktuelle Angebote

Ihres **GdP-Reisebüros**
in Kurzfassung - Januar 2011



Landesseniorenreise 2011

Bulgarien Goldstrand

4. - 18.Juni 2011



Eines der beliebtesten Reiseziele unserer Seniorenfahrten ist Bulgarien, ein Land, das nicht nur ein angenehmes Klima hat, sondern auch landschaftlich reizvoll ist. Sie wohnen in dem komfortablen 4,5*-Hotel Bolero am Goldstrand, welches nur ca. 100 Meter vom feinsandigen Strand mit der Promenade entfernt liegt. Zum Zentrum mit Einkaufs- und Unterhaltungsmöglichkeiten sind es ca. 500 Meter.

Eingeschlossene Leistungen:

- Flug ab/bis Deutschland nach Varna
- Transfer Flughafen - Hotel - Flughafen
- 14 Übernachtungen im Doppelzimmer im 4,5*-Hotel Bolero mit All Inclusive
- GdP-Reisebegleitung

Reisepreis pro Person

ab € 769,-

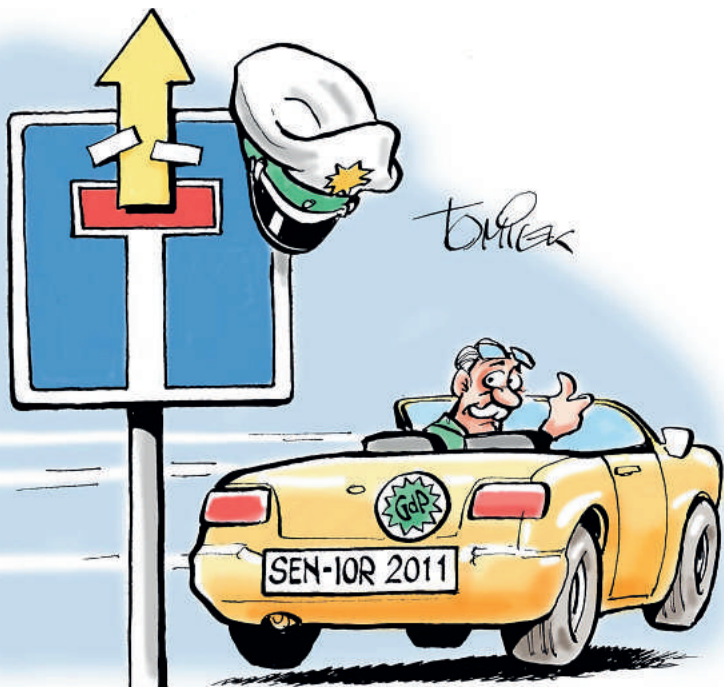
(Doppelzimmer zur Alleinbenutzung ohne Aufpreis buchbar)

Bitte fordern Sie unsere ausführliche Reiseausschreibung an!

GdP-Service GmbH NRW • Gudastr.9 • 40625 Düsseldorf

Tel.: 0211/29101-44/45/64 • Fax: 0211/29101-15 • www.gdp-service-nw.de • pinguin@gdp-service-nw.de





Viele, die aus dem Berufsleben bei der Polizei ausscheiden, suchen auch nach dem aktiven Arbeitsleben den Kontakt zu ihren ehemaligen Kolleginnen und Kollegen und zur GdP. In NRW gibt es deshalb nicht nur auf der Landesebene einen eigenen Seniorenvorstand, sondern auch in 59 der 68 Kreisgruppen.

Wie die Seniorengruppen vor Ort zu erreichen sind und wann sie sich regelmäßig treffen, steht in dem beiliegenden, vierseitigen Seniorenkalender 2011. Alle aktuellen Termine, vom politischen Vortrag zu Fragen der Inneren Sicherheit, über Beratungstermine zum Thema Vorsorge und Versorgung bis zum gemeinsamen Ausflug stehen zudem auf der Homepage des Landesbezirks:

www.gdp-nrw.de

(Pfad: GdP NRW/Seniorengruppe/Termine)

Senioren aktuell

Kreisgruppe Düren

3. Januar, Seniorentreffen, Treffpunkt: 14.00 Uhr, Restaurant Strepp, Kreuzau-Obermaubach

Kreisgruppe Köln

20. Januar, Info-Treffen, Dirk Mäske berichtet über den Castor-Transport, Treffpunkt: 14.00 Uhr, Pfarrsaal St. Georg, Köln

Kreisgruppe Kleve

12. Januar, Senioren-Neujahrskaffee, Treffpunkt: 15.00 Uhr, Hotel Litjes,

Pfalzdorfer Str. 2, 47574 Goch

Kreisgruppe Olpe

20. Januar, Skatturnier, Treffpunkt: ab 16.00 Uhr Kreispolizeibehörde Olpe, Raum 156

Kreisgruppe Recklinghausen

12. Januar, Seniorentreffen, M. Pestke und H. Büsing referieren zum Thema: Pflegefall – was ist nun zu tun?, Treffpunkt: 15.00 Uhr, Kantine der Polizeiunterkunft, Beisinger Weg, Recklinghausen

Werbeaktion 2011

Glücksnummern des Monats

45 18252

Jens Vogt, Köln

45 18832

Nicole Schild, Düsseldorf

45 18674

Kerstin Duckhorn, Düsseldorf

45 60317

Daniél Maltese, Borken

Die Gewinner erhalten eine Sport- und Reisetasche PORTS.

NACHRUF

Ruth Bensch	28. 9. 1925	Dortmund	Käthe Manzke	29. 10. 1911	Duisburg
Maria Berau	13. 5. 1926	Dortmund	Maria Meier	3. 8. 1914	Duisburg
Richard Bulmahn	23. 6. 1937	Köln	Klaus Menzel	26. 10. 1933	Essen/Mülheim
Karl-Heinz Clevers	16. 4. 1921	Viersen	Anna Mertens	29. 12. 1929	Essen/Mülheim
Elisabeth Dahle	30. 12. 1927	Olpe	Johanna Möllmann	15. 2. 1926	Wesel
Peter Fink	25. 9. 1953	Mönchengladbach	Eugen Pinzig	1. 9. 1945	Bochum
Burckhardt Friemel	17. 9. 1944	Paderborn	Marianne Rausch	9. 5. 1928	Aachen
Siegfried Gräwe	1. 4. 1932	Bielefeld	Fritz Schacky	5. 8. 1917	Essen/Mülheim
Herbert Grunau	9. 2. 1927	Gelsenkirchen	Luzie Schapkow	25. 9. 1920	Paderborn
Klara Hellfeier	6. 3. 1924	Köln	Walter Schürbusch	21. 2. 1925	Essen/Mülheim
Hertha Kleinvogel	1. 4. 1923	Bonn	Klaus Seliger	15. 5. 1933	Hagen
Berta Kreis	13. 5. 1914	Ennepe-Ruhr	Ernst Seyler	15. 5. 1926	Bonn
Margot Langner	5. 2. 1915	Märkischer Kreis	Ewald Storck	21. 1. 1920	Herford
Johanne Letmathe	6. 11. 1919	Bielefeld	Werner Wigger	18. 2. 1949	Märkischer Kreis
Wilfried Lipperheide	8. 12. 1928	Dortmund	Paul Wönnemann	9. 1. 1925	Wuppertal
Alfred Lohrenscheit	3. 12. 1926	Selm			

